

Ungarn und Deutschland sprechen sich gegen das Urteil des Internationalen Strafgerichtshofs aus – Starke Lobbyarbeit seitens Israels

Redaktion The New Arab, english.alaraby.co.uk, 10.02.21

Die beiden europäischen Länder waren die ersten, die sich öffentlich gegen das Urteil des Internationalen Strafgerichtshofs aussprachen, nachdem der israelische Außenminister Gabi Ashkenazi fieberhafte Anrufe bei Verbündeten gestartet hatte.

Deutschland und Ungarn haben sich öffentlich gegen eine Entscheidung des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) ausgesprochen, die die Zuständigkeit des Gerichts für die palästinensischen Gebiete feststellt, um eine Untersuchung von Kriegsverbrechen gegen Israel zu eröffnen, gleichzeitig läuft intensive Lobbyarbeit von Tel Aviv aus.

„Das Gericht hat keine Zuständigkeit, weil das Element der palästinensischen Staatlichkeit fehlt, das vom internationalen Recht gefordert wird“, twitterte Heiko Mass, Deutschlands Außenminister. „Wir haben immer das Recht Israels unterstützt, sich zu verteidigen“, fügte er hinzu.

Die beiden europäischen Länder waren die ersten, die öffentlich ihren Widerstand gegen das am Freitag verkündete Urteil erklärten, nachdem der israelische Außenminister Gabi Ashkenazi fieberhafte Anrufe bei Verbündeten gestartet hatte.

Dies geschah während einer intensiven Lobbykampagne des Außenministeriums, wie aus geheimen Mitteilungen an Dutzende von israelischen Botschaftern in aller Welt hervorgeht.

Israelische Beamte sagten, dass die „dringende“ Mitteilung erfordere, dass die Botschafter am Sonntag ins Büro kämen, um sie zu lesen und damit zu beginnen, die Minister und Regierungschefs der Länder zu kontaktieren, in denen sie stationiert sind.

Das Ziel war, ausländische Beamte zu Erklärungen gegen die Entscheidung zu bewegen.

Israel ist besorgt, dass eine mögliche Untersuchung zu internationalen Haftbefehlen gegen israelische Beamte und Militäroffiziere führen könnte, während sie gleichzeitig die Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionskampagnen (BDS) gegen Israel stärken könnte.

BDS ist eine Bewegung mit dem Ziel, die internationale Unterstützung für Israel zu stoppen und das Land so unter Druck zu setzen, damit es sich an internationales Recht hält.

Israel wollte auch Dutzende von Verbündeten bitten, der Anklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs Fatou Bensouda am Montag eine „diskrete Nachricht“ zu schicken und sie aufzufordern, nicht mit der Untersuchung fortzufahren, berichtete das Nachrichtenportal Axios.

Als die Chefanklägerin Strafgerichtshofs, Bensouda ankündigte, dass sie das Urteil vor Beginn einer Untersuchung gegen Israel und Hamas über mögliche Kriegsverbrechen während des 2014-Krieges in Gaza prüfen würde, breitete sich Panik in Israel aus.

Das Strafgerichtshofs-Urteil bescheinigt dem Gericht die Zuständigkeit für die Westbank, Ost-Jerusalem und den Gaza-Streifen. Diese drei Gebiete werden von den Palästinensern für einen zukünftigen Staat beansprucht, sind aber seit 1967 von Israel besetzt.

Bensouda untersuchte die Angelegenheit zum ersten Mal im Dezember 2019 und sagte, sie glaube, dass es eine „vernünftige Grundlage“ gebe, um eine Kriegsverbrecheruntersuchung über die Aktivitäten des israelischen Militärs und die Siedlungstätigkeit zu eröffnen. Das Gericht musste zunächst feststellen, ob es territoriale Zuständigkeit hat.

Auch wenn die Palästinenser keine Unabhängigkeit haben, ist der Staat Palästina ein Nichtmitglied mit Beobachterstatus in der UN-Generalversammlung vertreten.

Dieser Titel, der ihnen 2012 verliehen wurde, erlaubte es ihnen, dem IStGH beizutreten und das Gericht zu bitten, ab 2014 die israelischen Militärpraktiken im Gazastreifen und die Siedlungsaktivitäten in der Westbank und Ost-Jerusalem zu untersuchen.

Palästinensische Fraktionen haben die Entscheidung des IStGH begrüßt, einschließlich der Hamas, die sagte, sie sei bereit, vollständig mit dem Gericht zu kooperieren.

Die Regierung von US-Präsident Joe Biden reagierte negativ auf das Urteil, wobei der Sprecher des Außenministeriums, Ned Price, sagte: „Wir glauben nicht, dass die Palästinenser den Status eines souveränen Staates haben und daher sind sie nicht qualifiziert, die Mitgliedschaft als Staat zu erlangen oder als Staat an internationalen Organisationen, Einrichtungen oder Konferenzen teilzunehmen, einschließlich des IStGH“.

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle:

<https://english.alaraby.co.uk/english/news/2021/2/10/hungary-germany-voice-opposition-to-icc-ruling>